

Eichholz

Rechtsanwaltskanzlei

Honorarvereinbarung nach Zeitaufwand

Zwischen

Herrn Rechtsanwalt Martin Eichholz, LL.M., EMBA, Ottobrunner Straße 26, 81737 München

– Rechtsanwalt –

und

Herrn/Frau/Firma _____ in _____

– Mandant –

wird für die anwaltliche Tätigkeit in Sachen _____
die folgende Vereinbarung getroffen:

§ 1 Höhe des Honorars und Zeiteinheiten

Es wird ein Honorar von EUR _____ pro Zeiteinheit außergerichtlicher Anwaltstätigkeit vereinbart. Die Zeiteinheit beträgt fünfzehn Minuten. Das entspricht einem Stundensatz von EUR _____. Begonnene Zeiteinheiten werden auf fünfzehn Minuten aufgerundet. Die Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Neben den Stundenhonoraren sind die weiteren entstehenden Kosten (Gebührenauflagen bei Behörden, Fotokopierkosten, Porti, etc.) nach ihrem tatsächlichen Anfall auszugleichen. Ggf. anfallende Reisezeiten und Reisekosten werden in Höhe halbiertes Stundensätze abgerechnet.

§ 2 Abrechnungszeitraum

Die Abrechnung erfolgt monatlich, sofern nichts anderes vereinbart ist. Der Rechtsanwalt wird spezifiziert angeben, welcher Zeitaufwand für welche Tätigkeit angefallen ist.

§ 3 Gebühren bei gerichtlichen Verfahren

Wird das Mandat gerichtshängig, so erhält der Rechtsanwalt auch für seine Tätigkeit während des Prozesses das gemäß § 1 vereinbarte Zeithonorar, welches wie bei einer außergerichtlichen Beratung laufend abzurechnen ist. Sind jedoch die gesetzlichen Gebühren für die Prozesstätigkeit höher als das vom Rechtsanwalt während des Prozesses abgerechnete Zeithonorar, so erhält der Rechtsanwalt die gesetzlichen Gebühren. Auf den dann nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz zu berechnenden Honoraranspruch sind die vom Mandanten während des Prozesses geleisteten Zeithonorarzahungen anzurechnen.

§ 4 Fälligkeit

Die vorstehend vereinbarten Zahlungen sind unabhängig davon fällig, ob der Mandant von der Gegenseite Kostenerstattung oder von der Rechtsschutzversicherung Zahlung verlangen kann. Der Mandant hat Kenntnis, dass eine gegnerische Partei, die Staatskasse oder ein Verfahrensbeteiligter regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss.

Mandant: _____

Ort, Datum, Unterschrift

Rechtsanwalt: _____

Ort, Datum, Unterschrift